

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 21 (1974)
Heft: 1

Artikel: Probleme der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge
Autor: Hasler, Alfons
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-365994>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Probleme der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge

Dr. Alfons Hasler, Generalsekretär EVD

1. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik der Schweiz muss auf einer wirtschaftlich soliden Grundlage beruhen. Was nützen unsere Millionen für Armee und Zivilschutz, wenn im wirtschaftlichen Bereich keine angemessene Vorsorge für die elementarsten Lebensbedürfnisse getroffen ist. Der Bericht des Bundesrates zählt daher die Wirtschaft — unter der Bezeichnung «*wirtschaftliche Kriegsvorsorge und Kriegswirtschaft*» — mit Recht zu den selbstverständlichen Mitteln, um unsere strategischen Hauptaufgaben zu lösen. Der Auftrag an die wirtschaftliche Kriegsvorsorge wird im Bericht ausführlich formuliert, wobei in aller Offenheit auf gewisse Schwierigkeiten hingewiesen wird, unter anderem auf den in Friedenszeiten bestehenden Zielkonflikt zwischen den Interessen der Wirtschaft und denjenigen der Sicherheitspolitik, ferner auf unsere begrenzten Versorgungsmöglichkeiten im landwirtschaftlichen Bereich sowie auf gewisse Schwierigkeiten im Bereich der Verkehrswirtschaft und der Energieversorgung.

2. Die wirtschaftliche Kriegsvorsorge ist gar nicht so einfach, wie man von aussen prima vista annehmen könnte. Im Gegenteil; die Vielfalt unseres Wirtschaftslebens macht die Vorsorge für eine Mangelwirtschaft äusserst schwierig. Diese Aufgabe kann nur in allerengster Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelöst werden. Aus diesem Grunde basiert unsere Kriegsvorsorge auf einem System, in das alle wichtigen Branchen unserer Wirtschaft integriert sind. Der Delegierte des Bundesrates für wirtschaftliche Kriegsvorsorge ist das Bindeglied zwischen Wirtschaft und Bund. Er koordiniert und überwacht das gesamte System mit Hilfe eines kleinen Mitarbeiterstabes. Zurzeit beschäftigen wir uns mit der Revision des Kriegsvorsorgegesetzes aus dem Jahre 1955. Diese Revision will vor allem die Vorbereitungsmaßnahmen verstärken, indem die Vorratshaltung ausgedehnt wird. Insbesondere sollen lebenswichtige Dienstleistungen (Spitäler, Apotheken) in die wirtschaftliche Kriegsvorsorge einbezogen werden. Im weiteren soll dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben werden, im Falle ernstlicher Importschwierigkeiten schärfere Massnahmen anzuordnen, zum Beispiel eine Bewilligungspflicht für die Ein- und Ausfuhr lebenswichtiger Güter oder die Dislokation von Warenlagern oder die zwangsweise Ueberlassung von Lagerraum und Transportmitteln. Bei unmittelbarer Kriegsgefahr soll der Bundesrat von einem Tag auf den andern Massnahmen über Produktion und Preise ergreifen können. Auch in organisatorischer Hinsicht werden Verbesserungen angestrebt. Vor allem sollen die Kantone, zusammen mit den Gemeinden, vermehrt in die wirt-

schaftliche Kriegsvorsorge einbezogen werden. Auf diese Weise möchten wir die Vorratshaltung, die eine tragende Säule unserer wirtschaftlichen Kriegsvorsorge darstellt, in die hintersten Winkel unseres Landes hinaustragen. Dadurch sollen die Gemeinden von der Zufuhr lebenswichtiger Waren unabhängiger gemacht werden.

3. Nach diesen summarischen Angaben über die Organisation der Kriegswirtschaft und die bevorstehende Gesetzesrevision möchte ich auf einzelne im Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik angedeutete Sorgen und Nöte der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge Bezug nehmen.

a) Im Bericht wird auf die strategisch nachteilige *Konzentration der Industrie* im Mittelland hingewiesen. Allerdings, so wird beigelegt, zeichne sich eine gewisse Tendenz zur Dezentralisation nach voralpinen Regionen ab. Zu diesem Hinweis darf bemerkt werden, dass wir unsere freie Marktwirtschaft nicht aus strategischen Überlegungen auf den Kopf stellen können. Wir müssen von der Tatsache ausgehen, dass unsere Wirtschaft, die heute und morgen dem rauen Wind des internationalen Wettbewerbs mehr denn je ausgesetzt ist, den Standort ihrer Betriebe ausschliesslich nach kommerziellen Gesichtspunkten bestimmt. Entscheidende Standortfaktoren sind Verkehrslage, Verfügbarkeit über Wasser und Arbeitskraft. Strategische Motive liegen im Hintergrund.

Wenn in den vergangenen Jahren zahlreiche Betriebe in voralpinen Regionen Zweigniederlassungen errichtet haben, so geschah dies ausschliesslich aus arbeitsmarktlichen Gründen, wobei beizufügen wäre, dass die meisten dieser Betriebe mit solchen Zweigniederlassungen keine guten Erfahrungen gemacht haben. Der Zug der Arbeitskraft in die Stadt und ihre Agglomeration lässt sich schwer beeinflussen. Die Konzentration von Betrieben und Arbeitskraft ist im übrigen nicht bloss strategisch, sondern auch wirtschaftlich und staatspolitisch unerfreulich. Das kommende Bundesgesetz über die Investitionshilfe im Berggebiet will dem Trend zur Konzentration entgegenwirken, indem es die Attraktivität von abseitsliegenden Taltschaften fördern wird. Ob diese Förderung auch strategische Auswirkungen haben wird, bleibt abzuwarten. Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass eine vermehrte Dezentralisation von industriellen Betrieben den Interessen der Raumplanung und des Umweltschutzes entgegensteht. Am Rande sei auch vermerkt, dass der Abbau der internationalen Handelsschranken den Wettbewerb und mit ihm auch den Trend zur Konzentration noch verschärfen wird, wobei nicht auszu-

schliessen ist, dass aus wirtschaftlichen Gründen gewisse für die Kriegswirtschaft wichtige Produktionen ins Ausland verlegt oder stillgelegt werden könnten (ich denke zum Beispiel an die Düngemittel).

Nicht nur die Konzentration der Industrie, sondern auch jene des *Verteilersystems im Konsumgüterbereich* — Einkaufszentren, Supermärkte — bilden strategisch ein echtes Problem. Die Verletzlichkeit der Wirtschaft wird mit der zunehmenden Konzentration ausserordentlich gross. Soweit eine ausreichende Vorratshaltung nicht aufgebaut werden kann, müssen wir danach trachten, für lebenswichtige Güter eine Notproduktion vorzubereiten, und zwar so dezentralisiert und geschützt, dass sie auch während eines Krieges produzieren und die Produkte verteilen kann.

b) Strategisch unbefriedigend ist auch die *Konzentration der Vorratshaltung in Grenzgebieten*. Die Konzentration von Waren erfolgt auch hier an kommerziell günstigen Standorten, daher mit Vorliebe in Grenzgebieten sowie in der Nähe von bedeutenden Verkehrsachsen. Eine dezentralisierte Lagerhaltung verursacht Kosten und Umtriebe, welche die freie Wirtschaft begreiflicherweise vermeiden möchte. Eine Uebernahme solcher Mehrkosten durch den Bund kommt mit Rücksicht auf die Situation des öffentlichen Finanzhaushalts kaum in Betracht. Um so wichtiger erscheint es, dass mit Hilfe der bevorstehenden Gesetzesrevision die Lagerhaltung vermehrt in die Kantone und Gemeinden hinausgetragen wird.

Einige Sorgen bereitet uns die *Vorratshaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen*. Eine vermehrte Streuung der Lager stösst auf Widerstand der Gemeinden, die mit Rücksicht auf die Sauberhaltung der Grundwasser und der Umwelt gegen den Bau von Tankanlagen, Raffinerien und Pipelines opponieren. Strategisch ist dies bedauerlich, zumal wir hinsichtlich der flüssigen Treib- und Brennstoffe völlig vom Ausland abhängig sind.

Unsere Politik zielt darauf ab, im Versorgungsbereich noch grössere Vorräte anzulegen und die Lager wenn immer möglich im Landesinneren zu errichten. Mit Rücksicht auf die Kosten für Land, Bauten und Personal kann dieses Ziel nur in sehr kleinen Schritten angestrebt werden.

c) Im Bericht des Bundesrates wird auch auf die *Produktionskapazität der Landwirtschaft* hingewiesen. Heute vermögen unsere Bauern etwas mehr als die Hälfte des Bedarfs an Nahrungsmitteln zu decken, wobei allerdings die Bedarfsdeckung bei den einzelnen Produkten sehr verschieden ist. Obst, Kartoffeln, Milch, Käse und gewisse Fleischsorten stehen uns ausreichend

zur Verfügung, während wir an pflanzlichen Fetten und Ölen, Zucker, Gemüse und Brotgetreide zu wenig produzieren. Im Krisenfall wäre jedoch unsere Landwirtschaft ohne grosse Schwierigkeiten in der Lage, ihre Produktion erheblich zu steigern.

d) Zum Schluss sei mir gestattet, auf zwei weitere, strategisch bedeutende Problempunkte hinzuweisen, denen wir grösste Aufmerksamkeit schenken: das *Transportwesen* und die *Energieversorgung*.

Im Kriegsfall müssen wir damit rechnen, dass unser Verkehrswesen mit seinen feinen Verästelungen rasch zusammenbrechen wird. Das hätte zur Folge,

dass Orte, die heute — in Friedenszeiten — nicht einmal einige Wochen autonom leben könnten, im Kriegsfall wohl oder übel von dem Leben müssten, was auf ihrem Territorium vorhanden ist. Die Sicherung einer minimalen Versorgungsautonomie der Gemeinden erfordert daher nicht bloss eigene Vorräte, sondern auch eine Sicherstellung minimaler Transportmöglichkeiten.

Die Lage bei der *Energieversorgung* ist Ihnen bekannt. Wenn unser Stromverbrauch im gleichen Ausmass wie bisher ansteigt, werden mit der Zeit gewisse Einschränkungen unvermeidlich. Vom strategischen Gesichtspunkt aus kommt einer ausreichenden Energieversorgung grösste Bedeutung zu. Fast alle Wasser-

versorgungen sind auf eine andauernde Stromversorgung angewiesen! Denken wir auch an die Spitäler und andere Dienstleistungsbetriebe, die ohne Strom nicht auskommen können. Hier zeigt sich die offensichtliche Notwendigkeit, dass den Gemeinden Notstromgruppen zur Verfügung stehen sollten, auf die sie im Notfall zurückgreifen können.

e) Ich darf an meine einleitenden Worte anknüpfen und festhalten: Die Millionen für Armee und Zivilschutz sind realistisch, wenn wir uns unablässig bemühen, der Armee und der Zivilbevölkerung das Durchhalten und Ueberleben durch eine solide wirtschaftliche Vorsorge sicherzustellen.

Literaturhinweis

Auch für den Zivilschutz von Interesse

Soldaten in Gewissensnot

Zum Thema Dienstverweigerung. Von Alfred Stucki. 52 Seiten, Fr. 5.80, ISBN 3-7225-6809-9.

«Es wäre wirklich eigenartig, wenn etwas so Unbequemes wie Militärdienst nicht auf Widerspruch stiesse!» So beginnt der Waffenplatzpsychiater Alfred Stucki seine soeben im Ott-Verlag erschienene Broschüre zum aktuellen Thema Dienstverweigerung.

Sind Dienstverweigerer Propheten einer besseren Zeit, gutmeinende Weltverbesserer — oder Umstürzler, die unsere Gesetze missachten, blutige Revolutionäre in pazifistischer Tarnung? Oder ganz einfach Drückeberger, denen jede Anstrengung für das Gemeinwohl zu viel ist?

Stucki macht sich die Antwort nicht leicht. Nach einer gut dokumentierten Analyse der gegenwärtigen Situation ersucht er um Verständnis für Dienstverweigerer als Menschen in einer bedrängten Lage. Gleichzeitig zeigt er aber auch, dass noch lange nicht jeder, der sich mit Pathos auf diese Weise angeblich für den Frieden und eine bessere Zukunft einsetzt, auch wirklich unsere Achtung verdient. Die Münchener Initiative dürfte ein fairer Versuch sein, einer besorgten Minderheit entgegenzukommen, die den vom Bürger geforderten Militärdienst aus ernster Sorge nicht zu leisten vermag. Dabei dürfen aber die Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden, die sich der praktischen Verwirklichung eines Zivildienstes entgegenstellen.

ZIVIL-SCHUTZ ist auch KATASTROPHEN SCHUTZ

Zivilschutz-Sonderheft

«planen + bauen»

concevoir et construire

-th. Es ist immer wieder erfreulich, dass sich Fach- und Tageszeitungen mit Sonderseiten, Sonderbeilagen oder ganzen Sondernummern den Belangen des Zivilschutzes im Rahmen der Gesamtverteidigung annehmen. Durch solche Aktionen wird der Gedanke des Zivilschutzes im Laufe der Zeit in die verschiedensten Kreise und Schichten unserer Bevölkerung nähergebracht und damit ein sehr wertvoller Beitrag zur Information geleistet.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die kürzlich erschienene Sondernummer von «planen + bauen», der im Anag-Verlag in Zürich erscheinenden Fachzeitschrift hinweisen, die, modern und ansprechend gestaltet, mit verschiedenen Beiträgen in den Zivilschutz einführt. Der Präsident der Redaktions- und Informationskommission des SBZ, Prof. Dr. R. Wehrle, orientiert eingehend über die Zivilschutzkonzeption 1971, während der Berner Militärdirektor, Regierungsrat Dr. Robert Bauder, die Rolle des Zivilschutzes in der Gesamtverteidigung erläutert. Von besonderem Interesse sind auch die Beiträge von Vizedirektor Fritz Glaus vom Bundesamt für Zivilschutz über den Stand des Vollzugs der ZS-Konzeption 1971 in der Schweiz, ergänzt durch eine Uebersicht des Standes des Zivilschutzes im Kanton Thurgau.

Die Zusammenhänge des Zivilschutzes mit der Raumplanung erläutert in französischer Sprache eindrucksvoll der Präsident des SBZ, Nationalrat Prof. Dr. Leo Schürmann. Weitere hochaktuelle Artikel über das regionale Zivilschutzzentrum in Spiez und das ZS-Ausbildungszentrum des Kantons Bern in Lyss-Kappelen und das kantonale Zentrum der Luzerner in Sempach ergänzen das Heft mit zahlreichen Illustrationen vorteilhaft. Von Interesse ist auch der Zwischenbericht über den Stand des im Bau befindlichen ZS-Ausbildungszentrums der Stadt Zürich in Opfikon. Fachleute dürfte der die Nummer abschliessende Sonderteil «Brandschutz» besonders interessieren.

Taschenkalender 1974

Der Samaritertaschenkalender 1974 ist erschienen. Die Präsidentinnen und Präsidenten unserer Sektionen haben ein Ansichtsexemplar erhalten und nehmen nun die Bestellungen der Samariterinnen und Samariter entgegen. Auf Grund der letztjährigen Erfahrung haben wir die Auflage nochmals erhöht, damit wirklich alle Interessenten in den Besitz des Kalenders kommen. Er kann zum bisherigen Selbstkostenpreis von 4 Fr. abgegeben werden.

In jüngster Zeit befassten sich unsere Verbandsbehörden intensiv mit der Integration der Jungen in unsere Organisation. In diesem Zusammenhang hielt Dr. med. K. Blöchliger, Präsident der Arbeitsgruppe für Jugendfragen, anlässlich der Schulungstage 1973 für die Instruktorenanwärter ein Grundsatzreferat zum Thema «Jugendarbeit», das wir in der Ausgabe 1974 unseres Taschenkalenders in einer Kurzfassung publizieren. Es dürfte vor allem jenen Sektionen, die sich mit der Gründung einer Jugendgruppe befassen, von grossem Nutzen sein.

Die rund 100 Fragen und Antworten zum Samariterkurs, die wir nun denjenigen zum Nothelferkurs in der Ausgabe 1973 folgen lassen, dürften das ungeteilte Interesse aller aktiven Samariterinnen und Samariter finden.

Im neuen Kalender findet die stets wachsende Leserschaft aber erneut das Altbewährte: das praktische Kalendarium, das genügend Raum für tägliche Notizen bietet; das umfangreiche und übersichtliche Adressenmaterial; die unentbehrlichen Formulare, Tabellen und Hinweise.

Die gediegene Gestaltung und das handliche Taschenformat dürften wiederum dazu beitragen, dass der neue Kalender für recht viele Samariterinnen und Samariter ein treuer Begleiter durch das Jahr 1974 sein wird.